

Vorstösse überwiesen

Daniel Steiner-Brütsch, Grossrat, Langenthal. Erfolg für den Langenthaler Grossrat Daniel Steiner: Drei seiner Vorstösse sind vom Regierungsrat als Postulat an den Grossen Rat überwiesen worden. Sie werden in der April-Session behandelt.

Grossrat Daniel Steiner liess nicht lange warten, bis er seine ersten Vorstösse ans Licht rückte: Am 1. September 2008, just am Tag, als er in Bern die Nachfolge von Erwin Sommer antrat und zum Grossrat vereidigt wurde, reichte der gebürtige Oeschbacher auch schon drei gewichtige Motionen ein. Zwei davon werden in der kommenden Aprilsession vom Grossen Rat behandelt.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet: Für Kinder und Jugendliche sei der Umgang mit Internet, Instant Messenger oder Handy selbstverständlich, stellte der Familienvater, der als Dozent für Mathematik an der Pädagogischen Hochschule in Zürich arbeitet, fest. Allein im Kanton Bern würden jährlich rund 150 Personen wegen sexuellen Handlungen mit Kindern angezeigt – Tendenz steigend, und die erfolgten Anzeigen würden wohl nur die Spitze des Eisbergs aller Delikte umfassen.

Daniel Steiner forderte, die Problematik mit gezielten und verstärkten Massnahmen anzugehen.

Unter anderem liess der Regierungsrat dazu vernehmen, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Gefahren im Umgang mit Internet und Games Projekte und Angebote im Bereich Sensibilisierung und Prävention geplant hat. Dazu wür-

den neu zweckgebundene Mittel zur Verfügung stehen. Im Rahmen einer Projektorganisation unter der Leitung des kantonalen Sozialamtes und in enger Zusammenarbeit mit Schulbehörden und Fachpersonen soll dieses Jahr als weitere gezielte Massnahme ein Organisations- und Finanzierungsmodell erarbeitet werden, welches den Beizug der Angebote für alle interessierten Schulen ermöglicht.

Bildungsstandards für Maturitätsschulen (Motion): Der Regierungsrat ist beauftragt, die Grundlagen und Voraussetzungen für die Einführung von Bildungsstandards für Maturitätsschulen zu schaffen und dem Grossen Rat zum Entscheid vorzulegen. Damit soll eine logische Fortsetzung von HarmoS auf der Sekundarstufe II vollzogen und eine einheitliche Qualität der Maturitätsabschlüsse gesichert werden. Daniel Steiner begründete diese Forderung damit, dass verschiedene Länder, unter ihnen auch die Schweiz, für die (Volks)schulen verbindliche nationale Bildungsstandards einführen würden, wie im Kanton Bern unter anderem das HarmoS-Konkordat oder die neue Mittelschulgesetzgebung. Er verlangte für den Vorstoss Dringlichkeit.

Ausgehend von verschiedenen Überlegungen zeigte sich der Regierungsrat der Überzeugung, dass ein Entscheid betreffend Bildungsstandards für das Gymnasium im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angezeigt ist, sondern dass die Frage sorgfältig geprüft werden soll. Um die Resultate von EVAMAR II (Evaluation der Schweizer Maturitätsreform, Phase II) und daraus abzuleitende mögliche Massnahmen vertieft diskutieren zu können, hat der Erziehungsdirektor für Herbst 2009 einen Mittelschulbericht in Auftrag gegeben. Die Frage der Bildungsstandards wird in der Frühjahrsession ebenfalls behandelt werden. Das Vor-



haben des Erziehungsdirektors der Stossrichtung eines anderen Vorstosses des Langenthaler Motionärs:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur Verbesserung der Qualität der gymnasialen Maturität im Kanton Bern vorzulegen: Insbesondere sollten verschiedene Modelle einer zukünftigen gymnasialen Ausbildung und deren Auswirkungen (Vor- und Nachteile) aufgezeigt und analysiert werden. Denn im Projekt EVAMAR II seien in einem grossen Teil der Schweiz die Kompetenzen der Maturand/-innen in der Muttersprache, in Mathematik, in Biologie sowie in Bezug auf überfachliche Kompetenzen gemessen.

Die Resultate der Untersuchungen wurden kürzlich publiziert. Der Kanton Bern liegt bei diesen Kompetenzmessungen unter dem Durchschnitt. Zwar sei die Fähigkeit der Berner Maturand/-innen, ein Studium zu absolvieren, nicht gefährdet, denn die Unterschiede zwischen den Regionen seien klein, so der Inhalt des Vorstosses. Trotzdem, so Grossrat Daniel Steiner, seien die Resultate «nicht befriedigend, weil der Kanton Bern gemäss der Bildungsstrategie eine überdurchschnittliche Qualität der gymnasialen Maturität anstrebt.» Das Postulat wird im April ebenfalls durch den Grossen Rat behandelt.

Die Schlussfolgerungen des oben erwähnten Mittelschulberichts werden einerseits in die Weiterentwicklung des gymnasialen Bildungsgangs fliesen, anderseits in den Entscheidungsprozess bezüglich des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr. Über die Organisation des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr wird im Rahmen der Revision 2012 des Volksschulgesetzes entschieden. Liselotte Jost